

Shulamit S. Magnus, *Jewish Emancipation in a German City. Cologne, 1798–1871*, Stanford UP, 1997, 336 S., geb., 49,50 \$.

Die Geschichte der stufenweise verlaufenden deutschen Judenemanzipation ist in den letzten Jahrzehnten in einer Fülle von Arbeiten untersucht worden. Der zunächst dominierende Blick auf die rechtliche Entwicklung wurde sehr schnell ergänzt durch Untersuchungen über die soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Entwicklung der emanzipierten jüdischen Minderheit. Wie für zahlreiche andere Städte sind auch für Köln, das 1871 mit mehr als 3.000 Juden die fünftgrößte Judengemeinde des Deutschen Reiches aufwies, bereits wichtige Arbeiten vorgelegt worden. Dennoch versucht das vorliegende Buch, hervorgegangen aus einer von Fritz Stern und Paula Hyman betreuten Dissertation, noch einmal neue Akzente zu setzen. Zentrales Ziel der Studie ist es, am Beispiel der Stadt Köln den Prozess der deutschen Judenemanzipation sowohl aus der jüdischen als auch aus der nicht-jüdischen Perspektive darzustellen und den städtischen Emanzipationsverlauf zugleich stärker als in bereits vorliegenden Lokalstudien in den Kontext der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbruchsprozesse des 19. Jahrhunderts zu stellen.

Ausgangspunkt der auf einem reichen Quellenmaterial basierenden Studie ist das Jahr 1798, als sich Juden durch das Ende der reichsstädtischen Ordnung und durch die neue französische Gesetzgebung erstmals seit ihrer Vertreibung im Jahre 1424 wieder in Köln niederlassen konnten. In den ersten Kapiteln schildert die Verfasserin sehr anschaulich die nun einsetzende Zuwanderung, informiert über die Herkunft der meist aus dem rheinischen Umland zuziehenden Familien, über die jüdische Berufsstruktur und die Entstehung einer jüdischen Gemeinde. Das Wachstum der jüdischen Bevölkerung setzte sich trotz des 1808 von Napoleon auch für das Rheinland erlassenen sogenannten »schändlichen Dekrets«, das die uneingeschränkte Gleichstellung noch einmal zurücknahm, weiter fort. Dieses Dekret von 1808 bildete auch in den ersten drei Jahrzehnten der 1814 beginnenden preußischen Herrschaft die rechtliche Grundlage jüdischer Existenz. Obwohl der preußische Staat die Hoffnungen der rheinischen Juden auf eine Rückkehr zu der schon einmal erreichten vollständigen Gleichstellung nicht erfüllte, lehnte die preußische Bürokratie auch die weitreichenden Revisionsvorstellungen der alten stadtbürgerlichen Führungsschicht ab. Diese beschwor nach 1815 zunächst immer wieder die Gefahren der jüdischen Immigration und wäre am liebsten zu einer von der Stadt selbst gestalteten restriktiven Judenpolitik zurückgekehrt. Was in den freien Städten Frankfurt, Hamburg, Lübeck und Bremen noch einmal möglich war, scheiterte im preußischen Rheinland an der Haltung der Staatsbehörden, die aus politischen und wirtschaftlichen Motiven eine vergleichsweise moderate Handhabung des Gesetzes von 1808 befürworteten. Um 1840 war dann eine völlige Umkehrung der Situation entstanden. Die politische Elite der Stadt Köln verlangte nun gemeinsam mit der jüdischen Bevölkerung die vollständige Aufhebung noch bestehender Beschränkungen, während der preußische Staat eine bremsende Funktion einnahm.

Es gehört zweifellos zu den besonderen Vorzügen des Buches, dass es die allgemeinen wie auch die spezifisch lokalen Gründe für diese Entwicklung überzeugend herausarbeitet. An erster Stelle ist der gerade im Rheinland mit dem Eisenbahnbau einsetzende rapide wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel zu nennen, der sich in den 1840er Jahren immer stärker in der Politik niederschlug. Die neue wirtschaftliche und politische Elite der Stadt Köln, in der zugewanderte Protestanten überrepräsentiert waren, setzte sich mit Macht für eine neue Haltung gegenüber den Juden ein. Die Kölner Juden wurden nicht mehr als Gefahr für die eigenen wirtschaftlichen Interessen, sondern als wichtiger Faktor im städtischen und regionalen Wirtschaftsleben angesehen. Die Beseitigung der noch bestehenden Diskriminierungen kam nach Ansicht der Liberalen so-

mit nicht allein den Juden selbst, sondern der ganzen Stadt zugute; sie galt als wichtiger Teil des gesamten Modernisierungsprozesses. Diese neue Haltung des städtischen Bürgertums, der man durch zahlreiche Initiativen Ausdruck verlieh, hing auch mit Veränderungen zusammen, die sich innerhalb der jüdischen Bevölkerung inzwischen vollzogen hatten. Die Verfasserin hebt stärker als bisherige Autoren hervor, dass die Juden keineswegs passive Nutznießer des Emanzipationsprozesses waren und dass ihr Anteil an der Durchsetzung der Emanzipation auch nicht nur auf die schmale Schicht wohlhabender Bankiers wie der Oppenheims zurückging. Der wirtschaftliche und soziale Aufstieg der Kölner Juden und der damit einhergehende Prozeß der Verbürgerlichung jüdischen Lebens förderten die Integration in die städtische Gesellschaft, ließen fortbestehende Diskriminierungen als anachronistisch erscheinen und erleichterten somit die Bemühungen der nach ihrer Emanzipation strebenden Juden.

Folgt man der Verfasserin, so waren also vor allem der allgemeine sozialökonomische Wandel und seine soziokulturellen Folgen die wichtigsten Antriebskräfte der Emanzipationspolitik. Der seit 1840 für die Kölner Juden ausgesprochen günstig verlaufende Prozess wurde aber durch weitere Faktoren begünstigt, unter denen vor allem auch die konfessionelle Zusammensetzung der Kölner Bevölkerung hervorzuheben ist. Sowohl die aufstrebende, liberal geprägte protestantische Minderheit in der Stadt Köln als auch die katholische Mehrheit, die innerhalb des preußischen Gesamtstaates in der Minderheit war und unter der Kirchenpolitik Preußens litt, förderten durch die eigenen konfessionspolitischen Anliegen und durch ihr Streben nach Freiräumen gegenüber dem Staat innerhalb der Stadt ein Klima der Toleranz. Dies minderte zugleich den Anpassungsdruck auf die in eigenen Abschnitten ausführlich behandelte jüdische Gemeinde, die in religiöser Hinsicht zumindest bis 1873 vergleichsweise traditionell geprägt blieb und sich dem Reformjudentum kaum öffnete.

Insgesamt kommt die Verfasserin zu dem Schluss, dass der Emanzipationsprozess in Köln als eine Erfolgsgeschichte angesehen werden kann, die aber auf besonderen und in anderen Teilen Deutschlands eben nicht gegebenen Bedingungen beruhte. Die Gründe für diesen zu Beginn des Untersuchungszeitraums kaum absehbaren Erfolg werden über weite Strecken überzeugend dargelegt. Etwas störend ist jedoch, daß die Neuartigkeit der eigenen Thesen von der Verfasserin manchmal zu stark herausgestrichen, die Leistungen der bisherigen Emanzipationsforschung an einigen Stellen hingegen unterbewertet werden. So sind die Zusammenhänge zwischen dem allgemeinen sozialökonomischen Wandel und der Judengesetzgebung auch an anderen Stellen bereits unterstrichen worden. Auch die Aussagen über die Sonderrolle, die der rheinische Liberalismus im Vergleich zum südwestdeutschen bei der Judenemanzipation der 1840er Jahre einnahm, sind nicht ganz so originell, wie die Autorin behauptet. Schließlich bleiben auch einige Fragen unterbelichtet. Wenn man den Emanzipationsprozess aus der Perspektive von christlicher wie jüdischer Bevölkerung erfassen will, sollte man die wechselseitigen Wahrnehmungen beispielsweise mit Hilfe von Dokumenten, die nicht nur die jeweiligen Eliten betreffen, etwas ausführlicher schildern. Darüber hinaus könnte auch die zu wenig thematisierte jüdische Beteiligung an Vereinen und städtischer Selbstverwaltung wichtige Aufschlüsse über das Ausmaß der Integration in das städtische Leben geben. Trotz dieser Kritik ist das Buch, das in Ansätzen auch Fragen der Geschlechtergeschichte miteinbezieht, zweifellos als wichtiger Beitrag zur Geschichte der deutschen Judenemanzipation einzustufen.

*Hans-Werner Hahn, Jena*